

Sachgebietsleiter Kunze stellt anhand einer Präsentation die von der Verwaltung entwickelten Planungen zur Neugestaltung der Flächen zwischen dem Rheinbacher Bahnhof und der Keramikerstraße einschließlich der Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten vor. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Wie Ratsfrau Josten-Schneider erklärt, ist der CDU-Fraktion sowohl die Schaffung von möglichst vielen KFZ-Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen wichtig, aber auch die Unterbringung der derzeit im „Majolika-Areal“ ansässigen sozialen Nutzungen im Zweifelsfall auch im Bereich der Flächen zwischen dem Rheinbacher Bahnhof und der Keramikerstraße. Die CDU-Fraktion hält es für wünschenswert, wenn eine adäquate Ausweichmöglichkeit gefunden würde. Das Thema bedarf nach Ansicht von Ratsfrau Josten-Schneider in den nächsten Wochen einer intensiven Beratung in den Fraktionen.

Dass die Unterbringung der sozialen Nutzungen sichergestellt werden muss, ist für Ratsfrau Krupp unstrittig. Sie stellt die Frage, ob nicht grundsätzlich die Festsetzung einer Fläche für den Gemeinbedarf an dem in der Variante 1 vorgeschlagenen Standort sinnvoll ist, z.B. um eine Vereinsnutzung jeglicher Art oder vergleichbare Nutzungen zu ermöglichen.

Im Hinblick auf die Förderung der Maßnahmen und die zügige Bearbeitung bedarf es nach Aussage von Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen einer kurzfristigen Entscheidung des Ausschusses.

Ratsherr Dr. Lenke regt an, die Variante 1 zu favorisieren. Die Variante 2 mit der Realisierung von KFZ- und PKW-Stellplätzen wäre in dem Fall unter dem Wegfall der Bebauung auch weiterhin möglich. Ferner fragt er nach, ob eine Verschiebung der Gemeinbedarfsfläche nach Westen möglich ist, um eine kleine Reservefläche für die Fahrradabstellmöglichkeiten zu erhalten.

Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen weist auf das Problem hin, dass bei einer westlichen Verschiebung der Gemeinbedarfsfläche die Zufahrt zur P+R-Anlage und die Zufahrt zum „Majolika-Areal“ auf gleicher Höhe liegen. Eine geringfügige Verschiebung hält sie jedoch für möglich.

Ratsherr Dr. Wilmers vermisst die Maßnahme C 13 „Fahrradabstellanlagen, die überdacht sind und mit Anlehnbügel ausstattet sind“ und bittet, diese zukünftig zu berücksichtigen.

Nachdem Bürgermeister Raetz den Ausschuss um eine Entscheidungsfindung in der heutigen Sitzung gebeten hat, besteht Einvernehmen, dass der stellvertretende Vorsitzende den nachstehenden Beschlussvorschlag von Ratsherrn Dr. Lenke zur Abstimmung stellt:

„Die Verwaltung wird gebeten, die Planvariante 1 voranzutreiben unter der Prüfung, ob noch eine Reservefläche für die Fahrradabstellmöglichkeit geschaffen werden kann.“